

Verwendung der Erstattungen des Landes für die Beitragsfreiheit
Antrag der SPD-Fraktion vom 26.09.2011

BezeichnungInhalt

Sitzung: 08.11.2011 8/006/JHA

Beschluss: Beratung ohne Beschlussfassung

Vorlage: 8/0882 Stadt

Dezernent Trzeszkowski berichtet, dass derzeit eine rechtsverbindliche Zusage über eine Erstattung des Landes für die Beitragsfreiheit in Höhe von 540.000 Euro, d.h. 28.000 Euro mehr als Ausfall an Elternbeiträgen, vorliegt. Sollte – wie angekündigt – das Land diese Summe auf rechnerisch 19 Prozent der Betriebskosten erhöhen, dann stünden nach gegenwärtigem Stand 90.000 Euro mehr zur Verfügung.

AM Dries bittet die Verwaltung zum gegebenen Zeitpunkt zu berichten und die Ergebnisse in die Haushaltsberatungen einzubringen.